Abend-Ausgabe

68. Jahrgang. № 110 Donnerstag, 10. April 1924

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. April 1924 bei täglich zweimalig. Zustellung frei Haus 1.37 ... Postbezugspreis für Monat April 2,50 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpf...

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 50 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg., außerhalb 300 Pfg. Offer-Gebühr 30 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahl.

... und Hauptgeschäftsstelle: ...straße 38/40. ... von Liepsch & Reichardt in Dresden. ...-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Unser Preisausschreiben beginnt am 13. April

Das Urteil über den Sachverständigenbericht.

Frankreich kühl sympathisch — Italien skeptisch — Günstige Beurteilung in England und Amerika.

Die Lösung der Nationalliberalen Vereinigung von der Deutschen Volkspartei vollzogen.

Der Sachverständigenbericht im Urteil der Berliner Presse.

Mit Ausnahme der völkischen „Deutschen Zeitung", die von der Versklavung Deutschlands spricht, begegnet der Sachverständigenbericht in keinem Berliner Blatt einem schroffen Widerstand.

Die „Kreuzzeitung", die schwere Bedenken namentlich hinsichtlich der unerhört hohen Leistungen, die in dem Bericht der deutschen Wirtschaft aufgebürdet würden, und hinsichtlich der vorgesehenen internationalen Kontrolle der deutschen finanziellen und wirtschaftlichen Lage äußert, erklärt dennoch, daß eine schroffe Ablehnung des Gutachtens nicht unbedingt erforderlich sei. Bei jeder Diskussion über die Sachverständigenvorschläge müßten jedoch folgende Vorbedingungen vorausgeschickt werden: Räumung des Ruhrgebiets, Festsetzung einer der Leistungsfähigkeit Deutschlands entsprechenden Gesamtsumme der künftigen Verpflichtungen und Gewähr für die staatliche Hoheit.

Der „Lokalanzeiger" bezeichnet den Bericht als Grundlage für die Erörterungen über die Reparationsfrage, fordert jedoch von der Reichsregierung unbedingtes Festbleiben in der Frage der Miceumverträge.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" kommt noch zu keinem abschließenden Urteil über das Sachverständigengutachten, betont aber, daß Deutschland sich sehr sachlich und sehr intensiv mit dem Bericht auseinandersetzen müsse.

Die „Germania" schreibt, ein wesentlicher Zug der gegenwärtigen europäischen Politik sei das Mißtrauen. Der Sachverständigenbericht ist nicht mit diesem Vorurteil belastet. Das Komitee erklärte, es habe seine Grundsätze in jenem gemeinschaftlichen Glauben festgesetzt, der die Grundlage aller Geschäfte ist und die beste Gewähr für den Weltfrieden sei. Auf den sachlichen Inhalt der Vorschläge eingehend, erklärt das Blatt, daß die vorgesehenen Lasten außerordentlich groß sind und daß es zweifelhaft ist, ob sie in dieser Höhe für Deutschland tragbar sind. Daß der ganze Zahlungsplan auf der Voraussetzung basiere, daß die finanzielle und wirtschaftliche Einheit des Reiches wiederhergestellt wird, wird von dem Blatte besonders begrüßt.

Das „Berliner Tageblatt" und die „Vossische Zeitung" kommen zu dem gleichen Schlusse, nachdem sie ebenfalls über die Höhe der in dem Sachverständigengutachten genannten Summen schwere Bedenken geäußert haben.

Der „Vorwärts" kann sich auch in diesem Fall nicht über den engsten parteipolitischen Standpunkt erheben. Er schreibt: „Wenn von den großen Verheißungen, die die Sachverständigen ihrem Bericht voranschicken, auch nur ein Teil Wirklichkeit würde, so wäre das schon ein großer Fortschritt. Ob dieser Fortschritt möglich wird, das wird vom Ausgang der deutschen Reichstagswahlen abhängen!"

Französische Kommentare.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 10. April. Der günstigen Aufnahme, die der Sachverständigenbericht in den Pariser politischen Kreisen fast durchweg gefunden hat, entsprechen im allgemeinen **die günstigen Kommentare der Presse**, die allerdings weniger Begeisterung, sondern mehr sympathisches, wenn auch kühles Interesse für das Ergebnis zeigen. In nationalistischen und bestimmten wirtschaftlichen Kreisen fehlt es im übrigen nicht an Widersprüchen. Soweit diese politische Gründe haben, beziehen sie sich auf die Aufgabe der bisherigen Ruhrpolitik, die in dem Sachverständigenbericht deutlich gefordert wird. Soweit sie wirtschaftlicher Art sind, wirft man dem Sachverständigenbericht vor, daß er indirekt eine starke Beschneidung der deutschen Gesamtverschuldung und damit bei der augenblicklichen prozentualen Verteilung unter den Alliierten und vor Regelung der interalliierten Schuldenfrage eine Verringerung des französischen Anteils bedeute. Für diese Art von Einwendungen ist der Kommentar von Pertinax im „Echo de Paris" bezeichnend, der rund heraus sagt, der Sachverständigenbericht bedeute eine beträchtliche Verringerung des Zahlungsplanes von 1921 und eine Amortisierung des französischen Guthabens.

Der nationalistische Leitartikler des „Eclair" Buré meint, man könne lange suchen, bis man in den Sachverständigenberichten für Frankreich vorteilhafte Ratschläge finde. Auch ein linksstehendes Blatt, wie „Ere Nouvelle" sieht in dem Sachverständigenbericht eine Verschlechterung der französischen Ansprüche, insbesondere im Vergleich mit den Vorschlägen Bonar Laws vom Januar 1923, wo die Frage der Verschuldung an England zu einer Lösung hätte kommen können. Man bietet uns das Mittel an, so schreibt das Blatt, Milliarden einzuziehen, aber man behält sich seine Druckmittel vor. Der Frank bleibt immer die Geißel der Angelsachsen.

Das Urteil der italienischen Presse.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Rom, 10. April. Entsprechend der italienischen Auffassung, daß das Reparationsproblem bei der jetzigen Stimmung Frankreichs mehr politischer als wirtschaftlicher Art ist, nimmt die **italienische Presse** den Expertenbericht **skeptisch** auf. Der faschistische „Corriere d'Italiano" meint, infolge der Intransigenz Poincarés werde der Bericht **ein diplomatisches Dokument ohne praktische Anwendung** bleiben. Die „Tribuna" schreibt: Die Annahme der Vorschläge in Deutschland wird auf Schwierigkeiten stoßen, da die Politik wegen der Wahlbewegung der wachsenden Strömung nach rechts nachgab. Der „Mondo" weist auf die Stärkung hin, welche Poincarés Unversöhnlichkeit durch die deutschnationale Bewegung erfährt. Nicht umsonst habe es Poincaré so eingerichtet, daß das Gutachten gerade während des deutschen Wahlfeldzuges herauskam. Optimistischer ist der Sachverständige Pirelli. Er hebt die Einstimmigkeit des Berichtes hervor, die Zustimmung der Amerikaner, und den Charakter des Planes als unteilbares Ganzes. Er weist darauf hin, daß der Plan mit produktiven Pfändern und einer administrativen Kontrolle sowie den hohen kapitalisierten deutschen Leistungen Mussolinis Anregungen entspreche.

Amerikanische und englische Auffassungen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

London, 9. April. Die politischen und wirtschaftlichen Kreise scheinen dem Bericht der Experten günstig gegenüber zu stehen. Die **Auffassung in maßgebenden englischen** und, wie besonders zu bemerken ist, **amerikanischen Kreisen** läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die vorgeschlagene Lösung ist vom Standpunkt keiner der beteiligten Mächte ideal, aber **sie enthält das Beste, was unter den gegenwärtigen Umständen erreichbar ist.** Es ist zu hoffen, daß sowohl Frankreich als auch Deutschland nach sorgfältiger Prüfung die Vorschläge annehmen und es damit ermöglichen, daß wenigstens für eine Reihe von Jahren ein modus vivendi geschaffen wird. Besonders in amerikanischen Kreisen zeigt sich einiger Optimismus, daß die Vorschläge allerseits angenommen werden, und es wird betont, daß, soweit sich die Vorschläge als undurchführbar oder abänderungsbedürftig erweisen, sie später ohne große Schwierigkeiten verbessert werden könnten.

Gegen die Militärkontrolle.

Die unterzeichneten Verbände alter Offiziere und Soldaten haben in Sachen der Wiederaufnahme der Militärkontrolle folgende Kundgebung beschlossen:

Die in der Presse veröffentlichte jüngste Note der Botschafterkonferenz betreffend die Neuaufnahme der Militärkontrolle gibt den unterzeichneten Verbänden zu nachstehender Stellungnahme Anlaß:

Der sogenannte Vorschlag der Botschafterkonferenz dokumentiert sich als eine hinterhältige Falle, die deutsche Regierung einzufangen, um die Neuaufnahme der Militärkontrolle zur Vornahme gewisser Feststellungen zuzulassen. Die unverbindliche Zusage, dann eventuell später die Militärkontrollkommission Nollet durch ein interalliiertes Garantiekomitee abzulösen, soll der deutschen Regierung die Annahme des Vorschlages schmackhaft machen.

Die Erfahrungen, die Deutschland mit solchen und ähnlichen Versprechungen der Entente bisher gemacht hat, sollten uns belehrt haben, was von ihnen zu halten ist. Hat man erst wieder einmal die Zustimmung der deutschen Reichsregierung und ihre Unterschrift durchgesetzt, dann wird man die Gelegenheit benutzen, um durch die Militärkontrollkommission den Nachweis zu erbringen, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei. Die Folge ist eine Verewigung der militärischen Kontrolle Deutschlands durch die Entente. Wir alten Soldaten empfinden daher diese letzte Note als eine neue ehrverletzende Demütigung des deutschen Volkes.

Nach § 203 des Versailler Schanddiktats war die zugestandene Kontrolle über die Deutschland auferlegte Herabsetzung und Abrüstung seiner Wehrmacht eine befristete, d. h., sie hörte auf mit der vollzogenen Abrüstung. Daß dieser Zeitpunkt bereits eingetreten ist, hat selbst die englische Regierung zugegeben.

Die unterzeichneten Verbände fordern von der Reichsregierung, daß die Note, deren Annahme die Gefahr eines neuen und weit schlimmeren Versailles für das deutsche Volk bedeuten würde, eine bestimmte Zurückweisung erfährt.

Von dem deutschen Volke erwarten wir in allen seinen Schichten und Ständen ohne Unterschied der Partei, des Standes und des Geschlechtes sowie der Konfession, daß es durch seine Organisationen, Parteien oder sonstigen Einrichtungen mit schärfstem Nachdruck auf die Reichsregierung einwirkt und diese zur Ablehnung erneuter unerhörter Vergewaltigung und Versklavung durch Frankreich zwingt. Wir Deutschen alle müssen durch unsere Haltung dem Auslande zeigen, daß die Kontrollkommissionen, gleichgültig welcher Art, nunmehr endlich aus Deutschland zu verschwinden haben, wenn nicht Komplikationen entstehen sollen, die für Mitteleuropa eine ernste Gefahr bedeuten.

Deshalb rufen wir zum äußersten Widerstand gegen diese neueste Gewalttat, die allein französischem Sadismus entspringt, auf. Dem Auslande muß der einmütige Ruf des deutschen Volkes in den Ohren gellen: „Raus mit allen fremdländischen Kontrollkommissionen aus Deutschland!"

Nationalverband Deutscher Offiziere.
Deutscher Offizier-Bund.
Marine-Offizier-Verband.
Reichs-Offizier-Bund.
Deutscher Reichskriegerbund „Kyffhäuser".
Der Stahlhelmbund der Frontsoldaten.

Der „erbärmliche" Friedensvertrag mit der Türkei.

London, 9. April. Im Unterhause wurde heute die Debatte über den Abänderungsantrag für die zweite Lesung des Friedensvertrages mit der Türkei wieder aufgenommen. Lloyd George erklärte in einer Rede, **der Vertrag sei erbärmlich.** Soweit britische Interessen in Betracht kämen, hätte er von einer besiegten Macht unterzeichnet sein können. Das einzige, was an diesem Vertrage nicht trügerisch sei, sei die britische Garantie, die England der Alternative aussetze, sein Wort zu brechen oder Krieg zu führen zur Verteidigung derjenigen, die England in der Stunde der Not verraten hätten.

Auf eine Anfrage, ob der Premierminister das Haus über irgendeine Aenderung in der Politik mit bezug auf die **Ruhrbesetzung** nach dem letzten Wechsel im französischen Kabinett unterrichten könne, antwortete Macdonald, der Wechsel im französischen Kabinett habe keinerlei Aenderung in der Politik der britischen Regierung verursacht. (W. T. B.)

Paris und Moskau.

Paris, 9. April. Der Senat hat mit 284 gegen 5 Stimmen dem von der Kammer angenommenen Gesetzentwurf zugestimmt, der einen Kredit von fünf Millionen Frcs. für die in Rußland gefangengehaltenen Franzosen bewilligt. De Monzie erklärte dazu, daß es für Frankreich vorteilhaft wäre, die Beziehungen zu Rußland wieder aufzunehmen. Er stellte an den Ministerpräsidenten eine Reihe diesbezüglicher Fragen. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Regierung der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen keine Hindernisse in den Weg lege. (W. T. B.)

Holland und Rußland.

Haag, 10. April. Wie das Niederländische Korrespondenz-Bureau erfährt, ist die Wiederaufnahme der holländisch-**russischen Beziehungen binnen kurzem zu erwarten.**

Reparationskommission und Sachverständigenbericht.

Eine befristete deutsche Antwort erwartet.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 10. April. Die Reparationskommission wird Freitag vormittag unter dem Vorsitz Barthous zunächst einmal einen vorläufigen Meinungsaustausch über den Sachverständigenbericht in einer privaten Sitzung vornehmen. Es wird hierbei zunächst festgesetzt werden, an welchem Datum sich die Reparationskommission zum ersten Male in offizieller Sitzung mit dem Sachverständigenbericht zu befassen hat. Es kann bereits als ziemlich sicher angesehen werden, daß die deutsche Regierung aufgefordert wird, sich schriftlich oder durch Anhörung von Vertretern über den Bericht der Sachverständigen zu äußern. Der „Matin" meint, daß man hierbei Deutschland eine Frist stellen werde, um eine Verschleppung der Verhandlungen zu vermeiden.

Die Ausarbeitung der Satzungen der Goldnotenbank.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 10. April. Die Sachverständigen haben bezüglich der Goldnotenbank vorgesehen, daß ein Organisationsausschuß den Auftrag erhalten soll, die Satzungen dieser Bank im Rahmen des allgemeinen Planes auszuarbeiten. Der „Matin" glaubt zu wissen, daß die außer dem Reichsbankpräsidenten vorgesehenen beiden Sachverständigen, die an der Ausarbeitung des Planes teilnehmen sollen, Sir Robert Kindersley und der belgische Sachverständige Francquin sein werden, die auch bisher einen Hauptteil an den Arbeiten zur Schaffung der Goldnotenbank hatten.

Keine Finanzierung der Miceumverträge durch das Reich.

Berlin, 10. April. Wie man hört, werden die Verhandlungen über die Miceumverträge heute fortgesetzt werden. Es wird aber darauf hingewiesen, daß auch das Gutachten der Sachverständigen jede Belastung des deutschen Budgets für 1924/25 als unmöglich bezeichnet und deshalb konsequenterweise irgend eine Finanzierung der Miceumverträge durch das Reich nicht in Frage kommt. (W. T. B.)

Verhöhnung der Justiz durch den „Vorwärts".

Berlin, 9. April. Die „D. A. Ztg." brandmarkt die Wiederholung der Veröffentlichung des Inhalts des Goetzschen Briefes im „Vorwärts" als eine Verhöhnung der Justiz. Der Inhalt dieses Briefes, schreibt das Blatt, mußte zur Zeit seiner Veröffentlichung wie eine **Aufforderung an General Nollet wirken, die Kontrollmaßnahmen in Deutschland zu verschärfen und einen neuen Vorwand für französische „Sicherungsforderungen" bieten.** Mit dem erneuten Abdruck gerade der unter Anklage gestellten Teile des Goetzschen Briefes setze der „Vorwärts" die seit langer Zeit auch in den Fällen, in denen andere Blätter unter Anklage des Landesverrats gestanden haben, das von ihm beliebte Verfahren fort, die inkriminierten Artikel nun erst recht der Oeffentlichkeit bekanntzugeben, offenbar in der Annahme, daß die Justiz sich nicht an ihn heranzumachen wagen werde. Diesen fortgesetzten Verhöhnungen der deutschen Justiz und dieser kaltschnäuzigen Schädigung der nationalen Interessen Deutschlands müsse endlich ein Ende gemacht werden.

SLUB
Wir führen Wissen.